NOTES
DE L'IFRI

NOTES DU CERFA, NR. 173

DEZEMBER
2022

Doppel-Wumms für eine doppelte politische Herausforderung

Studienkomitees
für deutsch-
französische
Beziehungen
(Cerfa)

Sandra PARTHIE

Das Französische Institut für Internationale Beziehungen (Ifri) ist in Frankreich das wichtigste unabhängige Forschungszentrum, das über zentrale internationale Fragen informiert und einen Diskussionsrahmen bietet. Von Thierry de Montbrial im Jahr 1979 gegründet, ist das IFRI als gemeinnütziger Verein anerkannt (Gesetz des Jahres 1901). Es ordnet sich keiner Amtsvormundschaft unter, legt nach eigenem Ermessen seine Aktivitäten fest und publiziert regelmäßig seine Berichte.

Durch interdisziplinär angelegte Studien und Debatten bringt das Ifri Entscheidungsträger und Experten auf internationaler Ebene zusammen.

Die Tätigkeiten des *Studienkomitees für deutsch-französische Beziehungen*, Cerfa (Forschung und Veröffentlichungen) werden vom Referat Frankreich des Auswärtigen Amtes und vom Planungsstab des Ministère de l'Europe et des Affaires étrangères gefördert.

Die Verantwortung für die im weiteren Text geäußerten Standpunkte tragen die Autoren.

ISBN: 979-10-373-0643-2

© Alle Rechte vorbehalten, Ifri, 2022

Bild: © Olaf Scholz, Pressekonferenz zum Maßnahmenpaket für die ostdeutschen Raffineriestandorte, Berlin - 16. September 2022

© F. Boillot/Shutterstock

Diese Veröffentlichung zitieren:

Sandra Parthie, „Doppel-Wumms für eine doppelte politische Herausforderung“, *Notes du Cerfa*, Nr. 173, Ifri, Dezember 2022.

Ifri

27 rue de la Procession 75740 Paris Cedex 15 – FRANCE

Tel. : +33 (0)1 40 61 60 00 – Fax : +33 (0)1 40 61 60 60

Email: accueil@ifri.org

Webseite: Ifri.org

Notes du Cerfa

Die Reihe „Notes du Cerfa“ erscheint seit 2003 in regelmäßigen Abständen und analysiert die gegenwärtige politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung Deutschlands in den Bereichen: Außen- und Innenpolitik, Wirtschaftspolitik und Gesellschaftsthemen. Die „Notes du Cerfa“ bieten kurze wissenschaftliche Analysen mit einer klaren policy-Orientierung. Sie sind wie auch die „Visions franco-allemandes“ auf der Internetseite des Cerfa verfügbar, von der die Beiträge ebenfalls kostenlos heruntergeladen werden können.

Das Cerfa

Das „Comité d’études des relations franco-allemandes“, zu Deutsch: *Studienkomitee für deutsch-französische Beziehungen*, wurde 1954 durch ein Regierungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich gegründet. Es wird paritätisch durch das Ministère de l'Europe et des Affaires étrangères und das Auswärtige Amt finanziert. Das Cerfa hat den Auftrag, Prinzipien, Bedingungen und Stand der deutsch-französischen Beziehungen auf politischer, wirtschaftlicher und internationaler Ebene zu analysieren; Fragen und konkrete Probleme, die diese Beziehungen auf Regierungsebene stellen, zu definieren; Vorschläge und praktische Anregungen zu finden und vorzustellen, um die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu vertiefen und zu harmonisieren. Durch regelmäßige Veranstaltungen und Seminare mit hohen Beamten, Experten und Journalisten sowie durch Studien in Bereichen gemeinsamen Interesses wird diese Aufgabe verwirklicht.

Éric-André Martin ist Generalsekretär des Cerfa und gibt mit Marie Krpata, Research Fellow, und Prof. Dr. Hans Stark, Berater für die deutsch-französischen Beziehungen, die Publikationen des Cerfa heraus. Catherine Naiker ist Assistentin im Cerfa.

Über die Autorin

Sandra Parthie leitet seit 2015 das Brüsseler Büro des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW).

Sie studierte Politikwissenschaften und Volkswirtschaftslehre (VWL) in Berlin und in Montréal. Seit 2005 lebt und arbeitet sie in Brüssel, zunächst als wissenschaftliche Mitarbeiterin eines Europaabgeordneten, dann als Vertreterin des französischen Industriekonzerns Alstom.

Auch ihre Publikationen fokussieren sich auf europäische Themen, wie beispielsweise ein aktuelles IW Policy Paper zu „European Rescue and Recovery Programs against the Corona Crisis“ von Hubertus Bardt/Sandra Parthie.

Sie ist ferner Mitglied im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA).

Zusammenfassung

Als Reaktion auf den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine haben die EU-Mitgliedsländer eine Reihe von wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland erlassen. Dazu gehören auch Moratorien auf bestimmte Produkte, u.a. im Energiebereich. Russlands seinerseits hat seine Energielieferungen Richtung EU deutlich gedrosselt, oder für einige Länder auch ganz eingestellt. Die Auswirkungen dieses, man kann es kaum anders nennen, Wirtschaftskrieges, spüren beide Seiten. Gerade Deutschland, dass in überdurchschnittlichem Maß von russischen Energielieferungen, insbesondere Erdgas, abhängig war und zum Teil auch noch ist, steht unter starkem Druck, auf die aktuelle Unsicherheit bei der Energieversorgung sowie die enorm gestiegenen Energiepreise zu reagieren. Die Regierung arbeitet einerseits an einer raschen Diversifizierung bei der Energieversorgung und andererseits an der Abfederung der Auswirkungen der hohen Energiepreise auf Bevölkerung und Wirtschaft. Um den Sturm perfekt zu machen, stiegen und steigen die Lebenshaltungskosten für die Haushalte und die Produktionskosten für die Unternehmen durch eine hohe Inflation von derzeit über 10%, eine Situation, die in den letzten Jahrzehnten quasi schon fast in Vergessenheit geraten war. Damit droht Deutschland schon 2022 aber sicher 2023 in eine Rezession zu rutschen. Einige Unternehmen haben bereits die Produktion einstellen oder drosseln müssen, andere, gerade in energieintensiven Branchen. ziehen die Möglichkeit einer Abwanderung bzw. Produktionsverlagerung ins Ausland in Betracht. Die Gefahr eine Deindustrialisierung wird greifbarer, dem Wirtschaftsstandort und der Wohlstandsbasis Deutschlands stehen schwere Zeiten bevor. Beim Tag der deutschen Industrie im Juni 2021 sagte Bundeskanzler Olaf Scholz „Ja, diese Sanktionen schmerzen auch uns selbst. Sie schmerzen unsere Unternehmen. Aber sie sind richtig“. Deutschland wird also an seinem Kurs festhalten. Zugleich werden jedoch Entlastungspakete im Umfang von hunderten von Milliarden für die Haushalte und Unternehmen geschnürt. Die Reduzierung der Abhängigkeit der Industrie von fossilen Rohstoffen sollte ein zentraler Orientierungspunkt für die Politik und die Wirtschaft sein. Denn erneuerbare Energien und Energieeffizienz haben die größte preisdämpfende Wirkung. Zukunftsinvestitionen in diesem Bereich sind nötig, um den Industriestandort Deutschland zu sichern, sie sollten jedoch besser mit den europäischen Partnern abgesprochen werden. Offen bleibt bisher, was die Regierung gegen, die auf hohem Niveau verharrende Inflation tun kann. Die Entlastungspakete werden zumindest für die Haushalte die Inflationsauswirkungen um 2-3 Prozentpunkte drücken können. Das ist für viele Verbraucher: innen eine gute Nachricht. Es ist

jedoch selbst auf mittlere Frist keine Option für die Politik, die Energierechnungen aller deutschen Haushalte zu zahlen. Hier müssen andere Lösungen, insbesondere auch auf europäischer Ebene gefunden werden.

Abstract

In response to Russia's illegal attack on Ukraine, EU member states have issued a series of economic sanctions against Russia. This also includes moratoria on certain products, e.g., in the energy sector. For its part, Russia has significantly reduced its energy supplies to the EU or, for some countries, stopped them entirely. The effects of this actual economic war are being felt by both sides. Germany, which was and still is to an above-average extent dependent on Russian energy supplies, especially natural gas, is under great pressure to react to the current uncertainty in energy supply and the enormous rise in energy prices. On the one hand, the government is working on rapid diversification in the energy supply and, on the other hand, on cushioning the effects of high energy prices on the population and the economy. The cost of living for households and the cost of production for businesses have been rising and rising due to high inflation, currently over 10%, a situation that has all but faded into oblivion in recent decades. As a result, Germany is already in danger of slipping into a recession in 2022, but certainly in 2023. Some companies have already had to stop or reduce production, others, especially in energy-intensive industries. consider the possibility of emigration or relocation of production abroad. The danger of de-industrialization is becoming more tangible, hard times are ahead for Germany as a business location and the basis of its prosperity. At the Day of German Industry in June 2021, Chancellor Olaf Scholz said, "Yes, these sanctions hurt us too. They hurt our companies. But they are right." So, Germany will stick to its course. At the same time, however, relief packages worth hundreds of billions are being put together for households and companies. Reducing industry's dependency on fossil fuels should be a key point of reference for politics and business. Because renewable energies and energy efficiency have the greatest price-dampening effect. Future investments in this area are necessary to secure Germany as an industrial production site, but they should better be discussed with the European partners. So far it remains unclear what the government can do to contain the persistently high level of inflation. The relief packages will reduce the impact of inflation by 2-3 percentage points, at least for households. For many consumers, this is good news. However, paying the energy bills of all German households is not an option for politicians, even in the medium term. Other solutions must be found here, especially at European level.

Inhaltsverzeichnis

EINLEITUNG 8

DOPPEL-WUMMS FÜR EINE DOPPELTE POLITISCHE HERAUSFORDERUNG 8

UMFANG UND NOTWENDIGKEIT DER ENTLASTUNGSPAKETE 10

WIRTSCHAFTLICHER ABWEHRSCHIRM 17

„SICHER DURCH DEN WINTER“ 19

MAKROÖKONOMISCHE AUSWIRKUNGEN 24

Einleitung

Doppel-Wumms für eine doppelte politische Herausforderung

Der Wirtschaftsstandort Deutschland steht derzeit massiv unter Druck. Hohe Energiekosten, Wirtschaftssanktionen gegen Russland, die Wirkungen des russischen Angriffs auf die Ukraine, eine rasant gestiegene Inflation, negative Nachwirkungen der Covid-Pandemie auf Lieferketten und Arbeitskräfte – all das fügt sich zu einer immensen Belastung der Unternehmen und Haushalte in Deutschland zusammen. Um dem entgegenzuwirken, hat die deutsche Bundesregierung seit Ausbruch des Krieges in der Ukraine im Februar 2022 bereits mehrere sogenannte Entlastungspakete verabschiedet. Sie sollen die Energieversorgung des Landes sichern, sie zugleich bezahlbar halten und dabei Bürgerinnen und Bürger entlasten sowie Unternehmen und Arbeitsplätze schützen.

Gleichzeitig muss sie jedoch auch mit den Folgen der Inflation kämpfen. Die Inflationsrate ist derzeit so hoch wie seit 40 Jahren nicht mehr. Natürlich geht der Löwenanteil der Teuerung auf die gestiegenen Preise für Gas, Öl und Strom zurück und damit sind effektive Maßnahmen zur Reduzierung der Energiepreisekrise zugleich auch hilfreich bei der Reduzierung der Inflation. Dennoch wird sich, bei einer Inflationsrate im Oktober 2022 von etwa 10%, eine Teuerungswelle, einhergehend mit Kaufkraft- und Wohlstandsverlusten, nicht vermeiden und auch nicht vollständig durch staatliche Entlastungsprogramme auffangen lassen. Die Politik kann aber abfedernd wirken, mit Transferzahlungen an Privathaushalte, mit Steuervergünstigungen sowohl für Haushalte wie auch für Unternehmen. Diese Zahlungen oder Einnahmenverzichte belasten jedoch andererseits die Staatsfinanzen, was Implikationen für den Schuldenstand und die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse hat und sie können auch dazu führen, dass andere notwendige, staatliche Investitionen, beispielsweise in die Standortqualität des Wirtschaftsstandorts Deutschland, zu kurz kommen. Die Politik ist gefordert, hier die richtige Balance zu finden – Transferzahlungen nur an wirklich Bedürftige und nicht mit der Gießkanne vorzunehmen, Haushalte

aber durch die Senkung von Verbrauchssteuern spürbar zu entlasten und auch Unternehmen einen Schutzschirm zu bieten, um eine Insolvenzwelle zu verhindern.

Allerdings gestaltet sich die Lösungsfindung nach den richtigen politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen sehr schwierig. Den Regierungsparteien in der Ampelkoalition fällt es offenbar nicht leicht, sich von bestimmten Positionen zu verabschieden. Die SPD will trotz budgetärer Sonderbelastungen das neue Bürgergeld im Jahr 2023 einführen, dass höhere soziales Sicherungsleistungen beinhaltet, als die aktuellen Hartz-IV und Sozialgeldregelungen. Die FDP will trotz notwendiger neuer Milliardenschulden, die der Bund, neben den Ausgaben für die Energiepreisbremsen auch für die Finanzierung der Verteidigungsausgaben aufnehmen muss, die nationale Schuldenbremse einhalten. Der dritte Koalitionspartner, die Grünen, tun sich schwer mit der Idee, Atomkraftwerke über ihre vereinbarte Laufzeit hinaus am Netz zu lassen, selbst wenn ihr Beitrag zur Energieproduktion die Ausfälle durch externe Gaslieferungen sicherlich nicht auffangen kann. Die von Bundeskanzler Scholz erkannte „Zeitenwende“, nach dem russischen Angriff auf die Ukraine, führt, in unheilvoller Kombination mit dem zuvor schon gestarteten Anstieg der Inflation, zu großen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Belastungen, für die keine einfachen Rezepte zur Verfügung stehen. Exemplarisch sei die Diskussion um die sogenannte Gasumlage angeführt, bei der die Politik zunächst versuchte, die Verbraucher: innen an den stark gestiegenen Energiebeschaffungskosten einiger Energieversorger zu beteiligen, um dann jedoch umzuschwenken, Verstaatlichungen vorzunehmen und stattdessen nun sogar Energiepreisbremsen für Privathaushalte einzuführen. Das verunsichert die Bürger: innen und reduziert das Vertrauen in die Handlungs- und Problemlösungsfähigkeit der Politik. Auch die europäischen Partner zeigen sich von den Aktionen der deutschen Bundesregierung zumindest überrascht bis verstört. Der Mangel an Information und Abstimmung auf europäischer Ebene bzw. der Fakt, dass die Auswirkungen auf den EU-Binnenmarkt nicht berücksichtigt werden, kann auch für andere oder künftige europäische Projekte zu Problemen führen.

Umfang und Notwendigkeit der Entlastungspakete

Als besondere Herausforderung für Deutschland hat sich die hohe Abhängigkeit von russischen Gasimporten erwiesen. 95% des im Inland verbrauchten Gases wird importiert, vor dem Angriffskrieg auf die Ukraine kam über die Hälfte (55%) davon aus Russland. Nicht nur weil Russland selbst seine Lieferungen nach Deutschland und Europa im Laufe der letzten Monate eingeschränkt hat, sondern auch aus nationalem Versorgungsinteresse heraus, muss Deutschland diese Abhängigkeit von russischem Gas reduzieren und seinen Gas-Bedarf entweder durch Energieeffizienzmaßnahmen verringern oder durch alternative Lieferanten, wie Norwegen, Niederlande oder Saudi-Arabien, abdecken. Neben der Diversifizierung von Gasimporten setzt die Bundesregierung auch auf neue Technologien, wie Wasserstoff, auf mehr Versorgung mit LNG, statt mit Erdgas und auf den schnelleren Ausbau erneuerbarer Energien. Letzteres wurde im Rahmen des „Osterpakets“ vom 7. Juli 2022 mit einer energiepolitisches Gesetzesnovelle und der Zielsetzung von 80 Prozent Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch bis 2030 beschlossen. Der Finanzierungsbedarf soll aus einem Sondervermögen des Bundes „Klima- und Transformationsfonds“ gedeckt werden[1]. Der Erneuerbaren-Ausbau wird jedoch nicht schnell genug gelingen, um damit die aktuelle Versorgungslücke auszugleichen. Daher wird in Deutschland auch wieder vermehrt Kohle zur Stromerzeugung eingesetzt. Der Anteil der Stromproduktion aus Kohle stieg in diesem Jahr von 13 auf 31,5%. Auch das bereits eingeleitete Ende der Nutzung von Atomstrom wurde aufgehoben und für den Notfall eine neue zeitlich auf den Wintern 2022/2023 begrenzte AKW-Einsatzreserve von der Bundesregierung beschlossen.[2]

Doch die Diversifizierung bei der Stromerzeugung führt nicht per se zu einer Entlastung für Bürgerinnen und Bürger oder für Unternehmen. Da in der aktuellen Systematik der teuerste Energieträger den Marktpreis bestimmt, bleibt die Rechnung hoch, selbst wenn der Strom beim einzelnen Endabnehmer ausschließlich aus erneuerbaren Quellen käme. Auch das Einsparungspotenzial der Haushalte und Unternehmen ist begrenzt. Daher wurden in Deutschland seit Jahresbeginn bereits drei Pakete zur finanziellen Entlastung von Bürgerinnen und Bürgern im Gesamtumfang

1. Maßnahmenpapier zur Sicherung der Energieversorgung und Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, Kanzleramt, 21. September 2022, S. 4ff.
2. Ebd. S. 7.

von ca. 95 Mrd. EUR geschnürt. Einige Maßnahmen gelten bzw. galten nur temporär, wie das Neun-Euro-Ticket, dass für die Nutzung des ÖPNV deutschlandweit für die Monate Juni-August 2022 eingeführt wurde. Eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) zeigt, dass dieses Ticket, zusammen mit anderen staatlich administrierten Preisen und Maßnahmen, wie dem Tankrabatt[3] im Sommer die Inflationsrate tatsächlich um zwei Prozentpunkte gedrückt und damit zu einer echten finanziellen Entlastung der Haushalte geführt hat.[4] Mit dem Auslaufen des Tickets und des Tankrabatts im August ist dieser Effekt jedoch nur temporärer Natur, selbst wenn als Nachfolger ein 49-Euro-Ticket Anfang 2023 eingeführt wird.[5] Im „Entlastungspaket II“ wurde zudem eine Energiepreispauschale von 300 EUR mit Wirkung ab September 2022 für Arbeitnehmer:innen, Selbständige und im Paket III auch für Rentner:innen beschlossen.

Andere Maßnahmen aus den Entlastungspaketen werden jedoch auch langfristiger wirken. So wurde die Umlage für Erneuerbare Energien (EEG-Umlage) vollständig abgeschafft. Das Instrument, auch Ökostromumlage genannt, wurde 2000 eingeführt, um die Förderung des Ausbaus von Solar-, Wind-, Biomasse- und Wasserkraftwerken zu finanzieren. Sie lag zuletzt noch bei 3,7 Cent je Kilowattstunde und wurde bei den Endkunden über die Stromrechnung erhoben. Seit Juli 2022 entfällt die Umlage. Zudem beschloss der Bundestag am 30. September 2022 eine temporäre Senkung der Mehrwertsteuer auf Gas von 19 auf sieben Prozent, ab 1. Oktober 2022 bis 31. März 2024.[6]

Weitere Maßnahmen, die die Kaufkraft erhöhen sollen, sind:

- Kinderbonus: alle Eltern erhalten einen Familienzuschuss pro Kind von 100 EUR ab Juli 2022, zusätzlich zum Kindergeld
- Erhöhung des Kindergelds ab 1. Januar 2023 auf jeweils 237 EUR pro Kind
- Der Arbeitnehmer-Pauschbetrag, wird von 1.000 EUR auf 1.200 EUR rückwirkend zum 1. Januar 2022 erhöht
- Der Grundfreibetrag, also der Betrag auf den keine Steuern und Abgaben zu zahlen sind, wird von 9.984 EUR auf 10.347 EUR/Jahr, ebenfalls rückwirkend zum 1. Januar 2022 erhöht
- Die Pendler-Pauschale wird ebenfalls erhöht – von 35 auf 38 Cent/km

3. Die Energiesteuer auf Kraftstoffe wurde von Juni-August auf das EU-Minimum gesenkt und belief sich für Benzin auf 29,55 Cent/Liter und für Dieselkraftstoff auf 14,04 Cent/Liter.
4. S. Gerards Iglesias / M. Fremerey / D. Schläger, 2022, Staatlich administrierte Preise dämpfen Inflation in Deutschland, IW-Kurzbericht, Nr. 64, Köln.
5. Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 2. November 2022.
6. Gesetz zur temporären Senkung des Umsatzsteuersatzes auf Gaslieferungen über das Erdgasnetz, Drucksache Deutscher Bundestag 20/3530, verfügbar auf: https://dserver.bundestag.de/.

- Unternehmen, die ihren Beschäftigten freiwillig bis Ende 2024 einen Betrag von bis zu 3.000 EUR zusätzlich zahlen wollen, erhalten eine Freistellung von der Steuer und den Sozialversicherungsabgaben für diesen Betrag

Maßnahmen, die zwar auch kaufkraftfördernd sein können, aber vor allem eine finanzielle Entlastungswirkung für bedürftige bzw. geringverdienende Haushalte, wie Empfänger: innen von Wohngeld oder der Bargeldförderung BAFöG haben sollen beinhalten:

- Kindersofortzuschlag von 20 EUR/Monat zusätzlich zum Kinderzuschlag für Familien mit geringem Einkommen (Höchstbetrag laut SGB II liegt damit seit Juli 2022 bei 229 EUR/Monat/Kind und ab Januar 2023 bei 250 EUR)
- Heizkostenzuschuss in Höhe von 270 EUR/Person[7] seit Juni 2022, abhängig von der Haushaltsgröße sowie zusätzlich einmalig ein Zuschuss von 415 EUR/Person[8]

Das Entlastungspaket III umfasst noch einige weitere Bestandteile, wie die Einführung des „Bürgergelds“[9] [10], Ausgleich der kalten Progression, eine Reform der Wohngeldregelungen, die Verschiebung der geplanten Erhöhung des Co2-Preises oder die steuerliche Freistellung der Rentenbeiträge. Doch sollten diese Teile bei der Bewertung mit Vorsicht behandelt werden. Einiges davon sind Selbstverständlichkeiten, wie beispielsweise die Anpassung des Regelbedarfs bei Bürgergeld an die Inflationsentwicklung oder Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts, wie die Änderungen bei den Rentenbeiträgen. Die 65 Mrd. EUR des Entlastungspakets III beinhalten, wie eine Analyse des IW Köln zeigt gut 25 Mrd. EUR für Vorhaben, die ohnehin im Arbeitsplan der Ampelkoalition standen[11].

7. Weiter gestaffelt 350 Euro für zwei Personen, 70 Euro für jede weitere Person im Haushalt.
8. Heizkostenzuschuss II, weitere Staffelung 540 EUR für zwei Personen, für jede weitere Person im Haushalt 100 EUR.
9. Es wird ab 1. Januar 2023 das Arbeitslosengeld II und das Sozialgeld als Instrumente ablösen. Dabei wird auch der Satz für den Regelbedarf um ca. 10% auf 502 EUR/Monat für eine alleinstehende Person angehoben.
10. J. Kirchhoff, *Arzneimittelversorgung und -produktion gefährdet*, 21. November 2022, IW Köln. Verfügbar auf: www.bmas.de.
11. T. Hentze, *Entlastungspaket: Der 65-Milliarden-Euro-Bluff*, 5. September 2022, IW Köln, IW-Nachricht Verfügbar auf: www.iwkoeln.de.

Abb.1 Wirkung der Entlastungspakete[12]

Wie der Staat hilft

Um so viel Euro kann eine vierköpfige Familie durch folgende Maßnahmen entlastet werden

		Bruttohaushaltseinkommen		
		45.000	60.000	75.000
Entlastungspakete 1 und 2	Erhöhung Grundfreibetrag auf 10.347 Euro	69	69	69
	Erhöhung Werbungskostenpauschale auf 1.200 Euro	51	56	62
	Energiepreispauschale (einmalig)	448	432	413
	Kinderbonus (einmalig)	200	200	200
	Tankrabatt (3 Monate)	25	25	25
	Abschaffung der EEG-Umlage (6 Monate)	76	76	76
Entlastungspaket 3	Ausgleich kalte Progression zum 1.1.2023 (Annahme: Inflationsrate von 8,8 Prozent)	352	442	568
	Kindergelderhöhung zum 1.1.2023	432	432	432
	Steuerfreie Rentenbeiträge	163	251	351
	Strompreisbremse	308	308	308
	Gaspreisbremse	1.428	1.785	2.142
	Insgesamt	3.552	4.076	4.647
	in Prozent des Bruttoeinkommens	7,9	6,8	6,2

Familie: befindet sich in Steuerklasse 3, zahlt keine Kirchensteuer, ist gesetzlich krankenversichert, fährt mit dem Auto 1.000 Kilometer pro Monat, hat einen durchschnittlichen Strom- und Gasverbrauch; Wohnungsgröße und Energieverbrauch steigen mit dem Bruttoeinkommen

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Viele der Maßnahmen sind für die Bürgerinnen und Bürger eine tatsächliche Entlastung. Auch Unternehmen erhalten Zugang zu Unterstützungsprogrammen und -zahlungen, in Form von Hilfen bei Liquiditätsengpässen. Dennoch werden sie nicht ausreichen, um in allen Haushalten die Folgen der doppelten Belastung durch Inflation und Energiekosten aufzufangen. Gleichzeitig hält Deutschland auch an den Klimazielen fest, selbst wenn es die Erhöhung des Co_2-Preises um ein Jahr verschiebt. Die Beibehaltung des Zeitplans, also eine Erhöhung zum Januar 2023 wäre politisch nicht darstellbar. Die Herausforderung dabei besteht nun aber darin die Maßnahmen zur Entlastung beim Energiepreis bzw. bei den unterschiedlichen Maßnahmen, von Energiepauschale bis Tankrabatt,

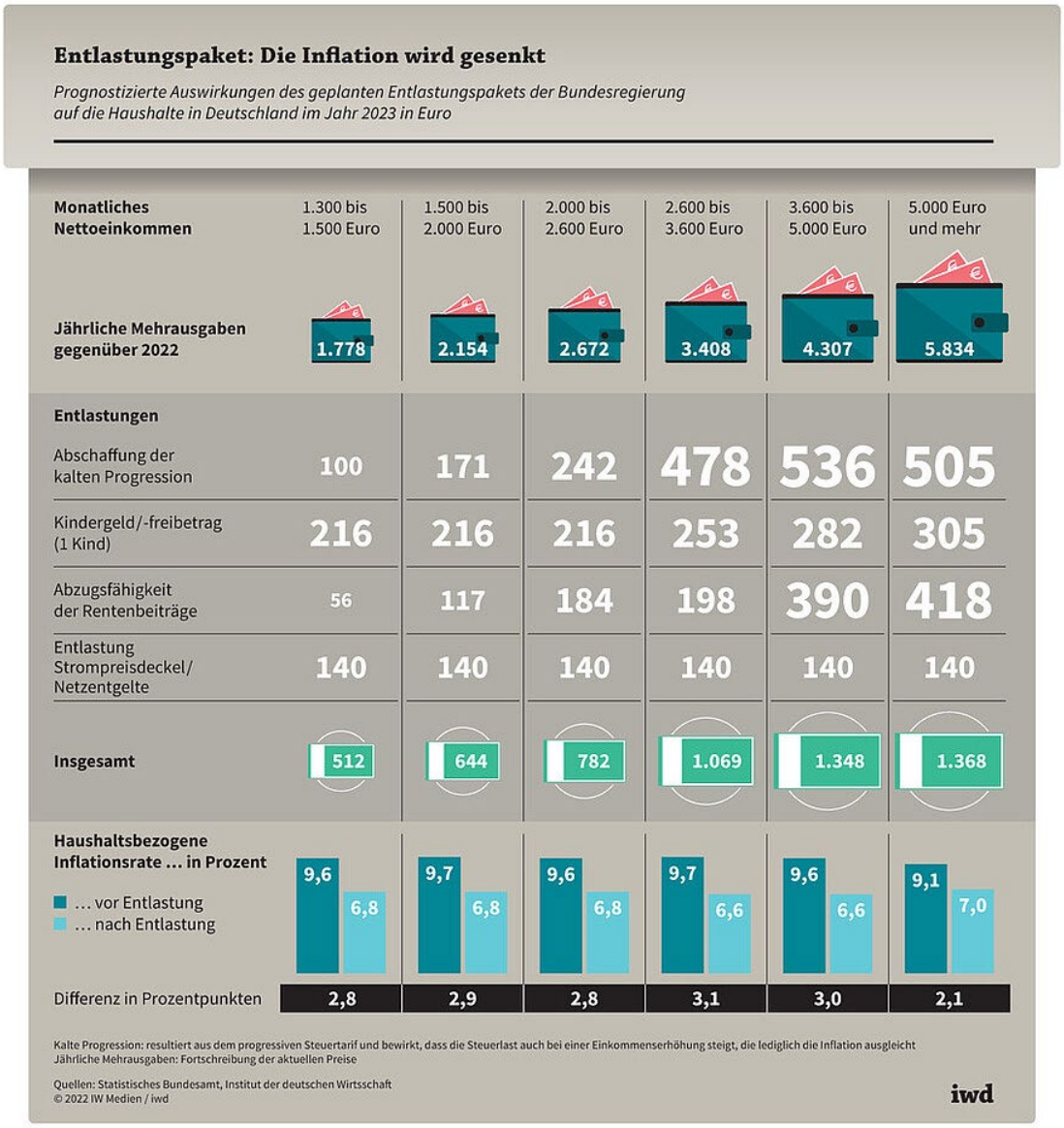
12. Ebd.

so zu gestalten, dass sie nachteilige Verteilungswirkungen auffangen, ohne dabei klimapolitische Anreize zu konterkarieren.[13]

Der Umfang der Entlastungspakete wurde von einigen europäischen Regierungen kritisiert und der Bundesregierung eine Verzerrung des europäischen Binnenmarkts vorgeworfen. Teile der Kritik haben durchaus Berechtigung, wenn beispielsweise die Art und Weise der Unternehmenssubventionierung in Form von Energiepreisreduzierungen dazu führt, dass deutsche Firmen einen Kosten- und Wettbewerbsvorteil bei der Produktion gegenüber anderen europäischen Firmen erhalten, deren Regierungen zu solchen Transferzahlungen nicht in der Lage sind. Andererseits sind einige der Maßnahmen, wie die Abschaffung der EEG-Umlage oder die Reduzierung der Stromsteuer spezifisch deutsch insofern, als dass diese Belastungen in anderen EU-Ländern ohnehin nicht bestanden (EEG-Umlage) oder nicht in der Höhe (Steuern und Abgaben auf Strom summieren sich in Deutschland auf 51% des Preises, im EU-Durchschnitt auf 39,4%).[14]

13. J. Niehues / T. Schaefer, 2022, Verteilungswirkungen klimapolitischer Maßnahmen, Studie im Auftrag der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. (vbw), Köln.
14. *Strompreise Europa: Was Strom in der EU kostet. Aktueller Stand [2022]: Entwicklung der Strompreise in Europa, EU-Vergleich für 10 Jahre,* Strom-Report.de. Verfügbar auf: https://strom-report.de/strompreise-europa/.

Abb. 2 Prognose der Auswirkungen des Entlastungspakets III[15][16]



Die angestrebten Entlastungen in Deutschland können, so zeigen die IW-Berechnungen die Inflationsrate für viele mittlere Einkommen um 2,8 bis 3,0 Prozentpunkte drücken.[17] Die Senkung der Inflationsrate ist gesamtwirtschaftlich enorm wichtig, nicht nur um die Lohn-Preis-Spirale abzumildern und damit den Wirtschaftsstandort wettbewerbsfähig zu halten. Dafür sind gerade die Einmalzahlungen, die die Unternehmen ihren Beschäftigten gewähren können und die der Staat von Steuern und Abgaben befreit hat, aus ökonomischer Sicht gut geeignet. Die Wirkung, die

15. *Entlastungspaket: Die Inflation wird gesenkt*, iwd.de. Verfügbar auf: www.iwd.de.
16. Ebd.
17. Ebd.

dieses Instrument über die Grenzen Deutschlands hinaus entfalten kann, ist allerdings begrenzt. Die Teuerungsraten sind europaweit extrem hoch und der Europäischen Zentralbank ist es trotz kräftiger Leitzinserhöhungen bisher nicht gelungen, einen dämpfenden Effekt zu erzielen.

Wirtschaftlicher Abwehrschirm

Eine gewisse militärisch geprägte Rhetorik ist in der gegenwärtigen geopolitischen Situation und dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine offenbar selbst bei der Bewertung der makroökonomischen Lage unvermeidbar. So beschrieb dann auch der deutsche Finanzminister Christian Lindner das zugegebenermaßen sperrig klingende Instrumentarium für die Gaspreisbremse und die Finanzierung der Gasumlage mit den Worten „Deutschland zeigt seine wirtschaftliche Schlagkraft in einem Energiekrieg".[18] Man spanne einen „Abwehrschirm" um die steigenden Energiekosten und ihre Folgen für Unternehmen und Verbraucher: innen abzufedern.

Nach längerer Diskussion, nicht zuletzt auf europäischer Ebene, einigte sich die Bundesregierung auf die Reaktivierung des Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) und stattet ihn mit einem 200 Mrd. EUR-Kredit aus.[19] Der WSF wurde 2020 von der Bundesregierung geschaffen, um die Coronahilfsmaßnahmen abzuwickeln und lief zum 30. Juni 2022 aus. Die unter seinem Dach getroffenen Zahlungen umfassen ca. 9,6 Mrd. EUR.[20] Die Bereitstellung von 200 Mrd. EUR klingt nicht nur in diesem Kontext nach einer enormen Summe. Sie soll genutzt werden, um Unternehmen wie Uniper oder VNG zu kapitalisieren, die die extrem gestiegenen Beschaffungsmehrkosten allein nicht mehr auffangen können oder konnten und derzeit verstaatlicht werden. Die Ankündigung dieses, von Bundeskanzler Olaf Scholz bei der Pressekonferenz als „Doppelwumms" bezeichneten Budgets, mit dem die Gaspreisbremse finanziert werden soll, macht sich die deutsche Bundesregierung auf europäischer Ebene nicht wirklich Freunde. Viele EU-Mitgliedstaaten fürchten, dass sich Deutschland auf ihre Kosten aus seiner Energiekrise herauskauft, weil es bereit und in der Lage ist höhere Preise zu akzeptieren als seine europäischen Nachbarländer, die sich dann aber wohl oder übel mit denselben Marktpreisen konfrontiert sehen. Zudem können die deutschen Staatssubventionen zu einem Wettlauf um die besten Unterstützungspaket und damit u.U. zu einer Wettbewerbsverzerrung im

18. Pressekonferenz Bundesregierung, Donnerstag, 29. September 2022.
19. Basis ist Art. 115 Absatz 2 Satz 6 des Grundgesetzes, der zusätzliche Kreditermächtigungen ermöglicht.
20. *Wie die Entlastungspakete der Bundesregierung Sie unterstützen Deutschland steht zusammen*, deutsche Bundesregierung. Verfügbar auf: www.bundesregierung.de.

europäischen Binnenmarkt führen.[21] Die mangelnde Abstimmung zwischen den europäischen Hauptstädten zum (gemeinsamen) Umgang mit den Energiepreisen stellt eine weitere Bedrohung für den EU-Binnenmarkt dar. Daher wird der „Abwehrschirm“ auch von der EU-Kommission auf seine Kompatibilität mit den EU-Beihilferichtlinien detailliert geprüft. Besonders empfindlich haben einige der Länder auf die deutschen Ankündigungen reagiert, die bisher gerade von deutschen Bundesregierungen zu ihren jeweiligen Schuldenständen gemaßregelt und zum Sparen aufgefordert wurden. Die oft auch von Deutschland gewünschte europäische Solidarität lässt sich so, ohne zumindest vorher die europäischen Partner zu warnen, wohl nicht erreichen.[22]

Doch die Bereitstellung des 200 Mrd. EUR Sondervermögens allein reicht nicht, um die Gaspreise auf ein erträgliches Niveau herunterzuschrauben. Um zu klären, wie genau eine Gaspreisbremse für Deutschland funktionieren kann, richtete sich die Bundesregierung eine Expertenkommission „Kommission Gas und Wärme“ ein, die am 31.10. ihren Abschlussbericht vorlegte.[23] Aufgabe der Kommission war herauszufinden, wer die wirklich Bedürftigen sind und wie ihnen finanziell geholfen werden kann, ohne dabei die Lenkungswirkung des Preissignals zum Einsparen von Energie zu verhindern. Der WSF soll staatliche Programme zur Abfederung von Preissteigerungen beim Bezug von Gas und Strom finanzieren, die sogenannte Gas- und Strompreisbremse; und er soll Stützungsmaßnahmen für Unternehmen und marktrelevante Gasimporteure, die aufgrund der Energiekrise in Schwierigkeiten geraten sind, ermöglichen.[24]

21. S. Stolton, P. Lombardi und G. Leali, *Germany's €200B subsidy will test EU's Vestager, Politico,* 6. Oktober 2022. Verfügbar auf: www.politico.eu.
22. Ebd.
23. Expertenkommission Gas und Wärme: Abschlussbericht „Sicher durch den Winter“, 31. Oktober 2022. Verfügbar auf: www.bmwk.de.
24. *Wie die Entlastungspakete der Bundesregierung Sie unterstützen Deutschland steht zusammen*, deutsche Bundesregierung. Verfügbar auf: www.bundesregierung.de.

„Sicher durch den Winter“

Zielgenaue Entlastungen in der Energiepreiskrise sind das Ziel der Ampelkoalition. Direktzahlungen an Privathaushalte in Form von Zuschüssen oder Pauschalen, wie beispielsweise der Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger, sind dafür geeignete Instrumente. Doch sie müssen so gestaltet sein, dass sie nach Bedürftigkeit unterscheiden. Die im zweiten Entlastungspaket beinhaltete Energiepreispauschale für Erwerbstätige von einmalig 300 EUR erfüllt dieses Kriterium nicht. Rentner: innen und Student: innen wurden dabei z.B. nicht berücksichtigt, die Bundesregierung holte das dann im dritten Paket nach. Andererseits erhielten auch Haushalte mit hohem Einkommen die Pauschale, obwohl sie da eher nicht benötigt wurde. Verbrauchssteuersenkungen, wie die Absenkung der Mehrwertsteuer für Gas, kann funktionieren. Einige Ökonom: innen[25], aber auch Verbandsvertreter: innen argumentieren, dass dies jedoch zu einer Schwächung des Preissignals führen kann und der Sparanreiz durch die Steuervergünstigung verschwindet[26]. Doch vor dem Hintergrund der enorm hohen Energiepreise ist fraglich, ob sich dieses Argument wirklich halten kann. Der industrielle Verbrauch lag, laut Bundesnetzagentur, jedenfalls im September um ca. 14% unter dem Mittelwert der vergangenen Jahre.[27] Der Verbrauch der privaten Haushalte lässt sich für Deutschland noch nicht belastbar mit den Vorjahren vergleichen. Da sie Gas vorwiegend zum Heizen verwenden, wird erst jetzt, mit dem Beginn der Heizperiode ersichtlich werden, ob oder wieviel Gas sie tatsächlich einsparen und welche Lenkungswirkung die Preise haben.

Einige der Vorschläge der Expertenkommission, wie eine Soforthilfe für Gas- und Fernwärmekunden in Form der Aussetzung der Dezember-Abschlagszahlung werden derzeit bereits von der Bundesregierung umgesetzt.

Auch die Gaspreisbremse selbst wurde am 2.11. von Bund und Ländern beschlossen. Allerdings ist noch unklar, ab wann sie greifen soll. Derzeit wird über einen Starttermin ab März 2023 oder früher verhandelt. Sie gilt für Verbraucher: innen im sogenannten Standardlastprofil (SLP), also Privathaushalte sowie kleine und mittelständische Firmen oder auch Vereine, und für Verbraucher: innen mit registrierter Leistungsmessung, die weniger als 1,5 Mio Kilowattstunden Gas pro Jahr verbrauchen, beinhaltet neben Gas auch Fernwärme und soll bis April 2024 in Kraft bleiben. Konkret erhalten die

25. Zitat von Claudia Kemfert, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, im Portal Energiezukunft, 11. Oktober 2022. Verfügbar auf: www.energiezukunft.eu.
26. Ebd. Zitat von Simone Peter, Präsidentin des Bundesverbandes Erneuerbare Energien.
27. *Gasverbrauch der Haushalte steigt im Moment zu stark an – Präsident Müller: "Wir brauchen nachhaltige Sparanstrengungen",* Bundesnetzagentur, 29. September 2022. Verfügbar auf: www.bundesnetzagentur.de.

Verbraucher:innen eine regelmäßige monatliche Entlastung, die sich an 80% des Vorjahresverbrauchs bemisst und einen Gaspreis von 12 Cent pro Kilowattstunde zu Grund legt.[28] Dieser Ansatz ermöglicht es den Verbraucher:innen auch ihre Gasrechnung weiter zu reduzieren, wenn sie ihren Gas- bzw. Wärmebedarf reduzieren, denn die monatliche Entlastung durch die Gaspreisbremse muss nicht zurückgezahlt werden, auch wenn die tatsächliche Verbrauchsmenge deutlich unter den 80 Prozent des Vorjahresverbrauchs liegt.[29] Die Bundesregierung schätzt, dass sich der Mittelbedarf für den Zeitraum 1. Januar 2023 – 30. April 2024 auf ca. 23-33 Mrd. Euro belaufen wird.[30] Allerdings ist hier einige Unsicherheit mit Blick auf die weitere Entwicklung der Strompreise zu berücksichtigen.

Die Strompreisbremse hingegen soll bereits ab Januar 2023 kommen. Sie beinhaltet, dass Privathaushalte, aber auch kleine und mittlere Unternehmen die Strommenge für den sogenannten Basisverbrauch zum vergünstigten Preis von 40 Cent pro Kilowattstunde erhalten. Die Differenz zwischen dem zu zahlenden Marktpreis und der Deckelung wird als Entlastung monatlich von den Versorgern direkt mit dem Abschlag verrechnet. Und auch hier wird für die Berechnung der vergünstigten Strommenge der Wert von 80% der Jahresverbrauchsprognose zu Grunde gelegt.

In einem Papier an die SPD-Bundestagsfraktion informiert der Bundeskanzler über die geplante bzw. konkrete Wirkung der Gas- und Strompreisbremsen wie folgt:

> Auf den eigentlich zu zahlenden Gaspreis gibt es einen Rabatt. Dieser ergibt sich aus der Differenz zwischen dem neuen Preis und einem Deckel von 12 Cent pro Kilowattstunde für 80 Prozent des bisherigen monatlichen Verbrauchs.
>
> In einem Fallbeispiel entsprechen die 80 Prozent Verbrauch 1.000 Kilowattstunden pro Monat (80 Prozent von 1.250 kWh). Der neue Preis pro Kilowattstunde beträgt 22 Cent. Die Differenz zum Deckel in Höhe von 12 Cent pro Kilowattstunde beträgt also 10 Cent. Daraus ergibt sich ein Rabatt von 100 Euro pro Monat (Rabatt = 10 Cent/kWh x 1.000 kWh = 100 Euro). Damit zahlt beispielsweise eine vierköpfige Familie mit einem 1.250kwh/Monatsgasverbrauch statt der eigentlich fälligen 275 Euro pro Monat nunmehr 175 Euro bei gleichbleibendem Verbrauch. Die Bremse belohnt Gaseinsparungen. Wenn die Familie 10 Prozent weniger Gas verbraucht, zahlt sie 148 Euro pro Monat. Bei einer Einsparung von 20 Prozent werden 120 Euro pro Monat fällig. Also nur noch 20 Euro mehr als bisher. Obwohl sich der Gaspreis nahezu verdreifacht hat.

28. Zum Vergleich: bei Neuverträgen würden derzeit etwa 21 Cent pro Kilowattstunden anfallen.
29. Beschluss Ministerpräsidentenkonferenz, 2. November 2022, Verfügbar auf: www.bundesregierung.de.
30. Ebd. S. 6.

Die Strompreisbremse ist analog strukturiert, auch auf den eigentlich zu zahlenden Strompreis gibt es einen Rabatt. Dieser ergibt sich aus der Differenz zwischen dem neuen Preis und einem Deckel von 40 Cent pro Kilowattstunde für 80 Prozent des bisherigen monatlichen Strom-Verbrauchs.

> Eine vierköpfige Familie verbraucht 4.500 Kilowattstunden Strom im Jahr, also 375 Kilowattstunden pro Monat. Bisher hat sie im Altvertrag 30 Cent pro Kilowattstunde bezahlt. Also 113 Euro pro Monat. Nunmehr werden 50 Cent pro Kilowattstunde fällig. Ohne die Strompreisbremse müsste sie damit 188 Euro pro Monat zahlen – also 75 Euro mehr als bisher. Mit der Strompreisbremse zahlt sie monatlich 158 Euro. Die Strompreisbremse senkt die eigentlich fällige Stromrechnung also um 30 Euro pro Monat (188 Euro minus 158 Euro). Trotz Strompreisbremse sind unter dem Strich 45 Euro pro Monat mehr zu zahlen.
>
> In dem Fallbeispiel entsprechen die 80 Prozent Verbrauch 300 Kilowattstunden pro Monat (80 Prozent von 375 kWh). Der neue Preis pro Kilowattstunde beträgt 50 Cent. Die Differenz zum Deckel in Höhe von 40 Cent pro Kilowattstunde beträgt also 10 Cent. Daraus ergibt sich der Rabatt von 30 Euro pro Monat (Rabatt = 10 Cent/kWh x 300 kWh = 30 Euro). Damit zahlt die Familie statt der eigentlich fälligen 188 Euro pro Monat nunmehr 158 Euro bei gleichbleibendem Verbrauch. Auch die Strompreisbremse belohnt Einsparungen. Wenn die Familie 10 Prozent weniger Strom verbraucht, zahlt sie 139 Euro pro Monat (also 26 Euro mehr). Bei einer Einsparung von 20 Prozent werden 120 Euro pro Monat fällig. Also nur noch 7 Euro mehr als bisher.

Weitere Berechnungen der Bundesregierung gehen von einer Entlastung von 140 Euro für einen Single und von 308 Euro für eine Familie mit zwei Kindern aus. In der Summe kommt so für eine Familie mit einem Bruttoeinkommen von 50.000 Euro eine Entlastung von rund 1.110 Euro im Jahr zusammen, Singles mit gleichem Einkommen werden um 566 Euro entlastet.[31]

Diese Entlastungsmaßnahmen sollen, so die Verständigung zwischen Bundesregierung und Bundesländern, über eine befristete Abschöpfung von Zufallsgewinnen bei der Stromerzeugung sowie bei Gas-, Öl- und Kohleunternehmen, ebenso wie bei Raffinieren finanziert werden.

Der größte Posten des wirtschaftlichen „Abwehrschirms“ entfällt mit 96 Milliarden Euro auf die Gaspreisbremse, an zweiter Stelle folgt mit einem Volumen von mehr als 17 Milliarden Euro der Ausgleich der kalten Progression[32]. Aber auch Privathaushalte profitieren merklich: Eine vierköpfige Familie mit einem jährlichen Bruttoeinkommen von 45.000 Euro wird vom Staat insgesamt mit 3.552 Euro unterstützt, eine Familie mit 75.000 Euro

31. M. Beznoska und T. Hentze, *Entlastungspaket III: Wer wie viel bekommt*, IW, IW-Nachricht, 6. September 2022. Verfügbar auf: www.iwkoeln.de.
32. T. Hentze, *Entlastungspakete: 200-Milliarden-Wumms*, IW, IW-Nachricht, 15. Oktober 2022. Verfügbar auf: www.iwkoeln.de.

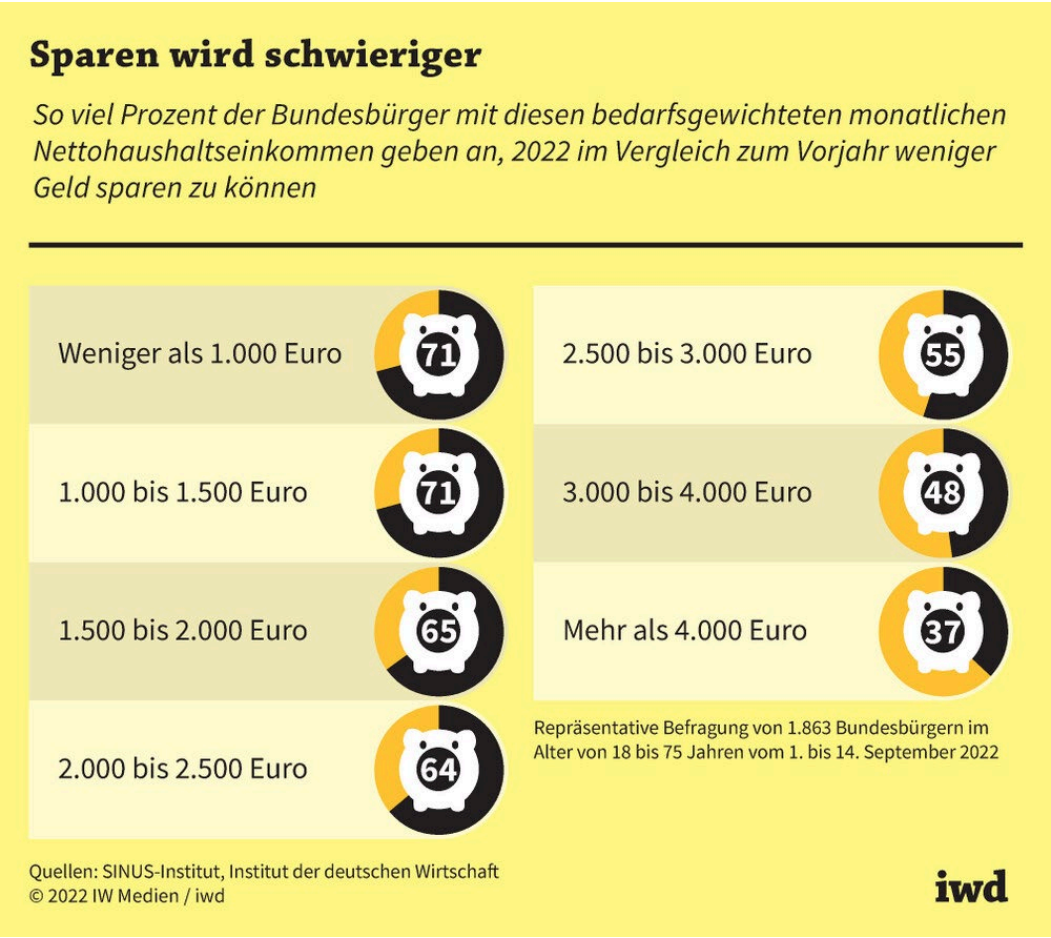
Einkommen wird um 4.647 Euro entlastet.[33] Der Staat unterstützt seine Bürger damit in einem Umfang wie es seinesgleichen sucht.

Derzeit nicht geplant ist ein Preisdeckel für Haushalte, die mit Öl heizen, immerhin rund 10 Millionen, die sich mit einer Preissteigerung von 75% konfrontiert sehen. Auch bei den Benzinpreisen wird es keine Neuauflage des Tankrabatts geben. Er war massiv kritisiert worden, da Mineralölunternehmen die Rabattierung nicht vollumfänglich an die Kund: innen durchgereicht hatten und die Maßnahme ohnehin nicht zielgenau für bedürftige Haushalte wirkte und zudem kein Einsparsignal sendete. Allerdings können auf Bundeslandebene noch weitere Unterstützungszahlungen, insbesondere für die sogenannten Härtefälle, ermöglicht werden.

Dennoch zeigt eine Umfrage des IW gemeinsam mit dem SINUS-Institut, dass die Belastungen trotzdem weiter wirken. Derzeit kann es sich nur noch jeder Zweite leisten, regelmäßig Geld beiseitezulegen. Noch 2020 waren dazu 70 Prozent der Deutschen in der Lage[34]. Besonders stark ist der Rückgang bei denjenigen, die im Monat weniger als 1.500 Euro zur Verfügung haben: 2020 konnte hier gut jeder Dritte (35 Prozent) etwas zurücklegen, zuletzt war es nur noch jeder Fünfte (20 Prozent). Die Verschlechterung der Sparfähigkeit reicht bis tief in die Mittelschicht hinein: So können etwa nur noch 52 Prozent der Befragten mit einem bedarfsgewichteten Einkommen zwischen 2.000 und 2.500 Euro sparen, vor zwei Jahren waren es noch 80 Prozent.[35] Für die überwiegende Mehrheit ergeben sich starke finanzielle Belastungen durch die teure Energie. Die IW/SINUS-Institut Befragung hat deswegen auch eruiert, welche Erwartungen die Bürger: innen an die Maßnahmenpakete haben und wie hoch eine finanzielle Unterstützung, z.B. in Form eines einmaligen staatlichen Zuschusses für den eigenen Haushalt im Idealfall ausfallen sollte: Im Schnitt gaben die Befragten 648 Euro an – würde die Regierung alle 40,7 Millionen Haushalte um diesen Betrag entlasten, würde die Maßnahme knapp 26 Milliarden Euro kosten.[36]

33. Ebd.
34. J. Niehues, T. Gensheimer *et al.*, 2022, Energiekrise. Sinkende Sparmöglichkeiten bis in die Mittelschicht, IW-Kurzbericht, Nr. 87, Köln.
35. Ebd.
36. M. Diermeier und J. Niehues, 2022, Energiepreise. Teure Forderungen aus der Mitte der Bevölkerung, IW-Kurzbericht, Nr. 82, Köln.

Abb. 3 Sparmöglichkeiten der Bundesbürger: innen[37]



Daher ist die gerade verabschiedete Gaspreisbremse richtig und wichtig für die wirtschaftliche und soziale Sicherheit. Sie vermittelt Orientierung, einen Fürsorgegedanken und kann auch Planungssicherheit für Haushalte geben. Der gewählte Ansatz enthält darüber hinaus auch den notwendigen Anreiz zum weiteren Energiesparen.

37. „Sparen wird schwieriger“, iwd online, 28. Oktober 2022. Verfügbar auf: www.iwd.de.

Makroökonomische Auswirkungen

Die deutsche und die europäische Wirtschaft befinden sich wegen des unheilvollen Zusammenwirkens von Pandemie und dem Krieg in der Ukraine im bereits dritten Krisenjahr. Die kriegsbedingten Versorgungsprobleme mit Energie und Rohstoffen sorgen für bislang ungekannte Kostenschocks und die hohe Inflationsrate zehrt an der Kaufkraft der Haushalte. In den ersten beiden Kriegsmonaten ist der Preis für Erdgas um mehr als 400 % gestiegen. Dies befeuert die Inflation – 60 % der Inflationsrate sind auf Energierohstoffe und Energiedienstleistungen zurückzuführen. Zudem verursacht der Gaspreis über die Merit Order im Strommarkt im Zusammenspiel mit der dort fehlenden gesicherten Kapazität eine entsprechende kräftige und erratische Entwicklung des Strompreises.[38] Bereits wegen der Pandemie unterblieben viele Investitionen der Unternehmen, nicht zuletzt auch wegen Lockdown-bedingter Produktions- und Lieferengpässe. Der Krieg in der Ukraine verschärft, laut einer Studie des IW Köln die Investitionsschwäche in Deutschland weiter und führt, akkumuliert über die Jahre 2020-2022 zu Einbußen bei den Bruttoanlageinvestitionen von 125 Mrd. EUR und einem bleibenden Kapitalstockdefizit.[39] Vor diesem Hintergrund wird das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im Jahresdurchschnitt 2022 nur noch um knapp 1 ¼ Prozent über dem Vorjahresniveau liegen.[40] [41] Die Inflationsrate wird im Jahr 2022 bei rund 8 Prozent und auch im kommenden Jahr voraussichtlich über 5 Prozent liegen. Für den Jahresdurchschnitt 2023 wird ein Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts um 1 ¾ Prozent erwartet. Dabei werden die realen privaten Konsumausgaben ihr Vorjahresniveau um 2 ¼ Prozent unterschreiten.[42] Die Inflationsrate wird im Jahr 2022 bei rund 8 Prozent und auch im kommenden Jahr voraussichtlich über 5 Prozent liegen. Für den Jahresdurchschnitt 2023 wird ein Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts um 1 ¾ Prozent erwartet. Dabei werden die

38. M. Hüther, 2022, Entlastungspaket. Stabilisierung der Erwartungen, in: Wirtschaftsdienst, 102. Jg., Heft 10, S. 757-760.
39. M. Grömling, 2022, Ökonomische Verluste in Deutschland durch Pandemie und Krieg, IW-Kurzbericht, Nr. 91.
40. H. Bardt, M. Demary, *et al.,* 2022, IW-Konjunkturprognose Herbst 2022. Konjunktureinbruch in Deutschland, IW-Report, Nr. 49, Köln.
41. Ebd.
42. Ebd.

realen privaten Konsumausgaben ihr Vorjahresniveau um 2 ¼ Prozent unterschreiten.[43] Die Folgen für das Produktionspotenzial, den Wirtschaftsstandort und die Wohlstandbasis Deutschlands drohen darunter dauerhaft zu leiden.

Selbst wenn also die Energiekostenbelastungen für Verbraucher: innen in Deutschland reduziert werden können, hat sich die konjunkturelle Lage des Landes doch deutlich verschlechtert. Ausbleibende Investitionen, fehlender privater Konsum und hohe Inflation bergen ein hohes strukturelles Risiko für die deutsche Volkswirtschaft. Anders als bei bisherigen Krisen und ökonomischen Schocks steht dieses Mal die energieintensive Grundstoffproduktion aufgrund der hohen Industriestrompreise unter enormen Anpassungsdruck, der bereits zu Produktionseinschränkungen geführt hat.[44] Bei den Erzeugerpreisen werden mit fast 50 Prozent die höchsten Anstiege seit über 70 Jahren verzeichnet. Das sorgt in den Unternehmen für Verunsicherungen und gefährdet die internationale Wettbewerbsfähigkeit.[45] Die Reduzierung der Abhängigkeit der Industrie von fossilen Rohstoffen sollte ein zentraler Orientierungspunkt für die Politik und die Wirtschaft sein. Denn erneuerbare Energien und Energieeffizienz haben die größte preisdämpfende Wirkung. Zukunftsinvestitionen in diesem Bereich sind nötig, um den Industriestandort Deutschland zu sichern. Eine Studie von Agora Energiewende hat den zusätzlichen Finanzbedarf für ein Investitions- und Maßnahmenpaket zur nachhaltigen Senkung der Energiepreise auf 92 Mrd. EUR beziffert.[46] Dem, so die Studie, stünden eingesparte Importkosten für Erdgas und Erdöl von 160 Mrd. EUR gegenüber. Investitionen in Schlüsselindustrien sind sicherlich richtig, doch sie werden kurzfristig, also im Winter 2002/2023 oder auch noch bis 2024 noch nicht greifen können, um die Belastungen der Bürger: innen signifikant zu reduzieren und ihre Kaufkraft zu erhöhen. Des Weiteren bleiben Unsicherheiten gerade auch für kleine und mittelständische Unternehmen darüber bestehen, inwiefern sie entlastet werden bzw. von Hilfen profitieren können. Sie sind wiederum das Rückgrat der deutschen Wirtschaft und stellen den Großteil der Arbeitsplätze. Wenn sie ihre Produktion einstellen müssen, wird das mittelfristig auch auf den, noch sehr robusten, Arbeitsmarkt und die Beschäftigungszahlen durchschlagen.

43. Ebd.
44. M. Hüther, 2022, Entlastungspaket. Stabilisierung der Erwartungen, in: Wirtschaftsdienst, 102. Jg., Heft 10, S. 757-760.
45. M. Grömling, "Unheilvolle Kombination", Gastbeitrag in der Fuldaer Zeitung, 17. Oktober 2022. Verfügbar auf: www.iwkoeln.de.
46. S. Müller, F. Hein *et al.*, (*Volle Leistung aus der Energiekrise. Mit Zukunftsinvestitionen die fossile Inflation bekämpfen,* Agora Energiewende, 11. November 2022, Verfügbar auf: https://static.agora-energiewende.de/.

Wie es der Bundesregierung gelingen soll, die hohe Inflation in den Griff zu bekommen, bleibt derzeit noch offen. Die Entlastungspakete werden den Verbraucher: innen helfen, durch diesen Winter zu kommen. Doch sie sind mit Schulden erkauft und gehen zu Lasten von anderen, notwendigen Investitionen. Der Sturm, in dem sich die deutsche Wirtschaft befindet, ist noch lang.

Letzte Veröffentlichungen des Cerfa

- M. Krpata, The European Union Industrial Strategy: Reconciling Competition and Geoeconomic Challenges, *Notes du Cerfa*, Nr. 172, Oktober 2022
- E. A. Martin, La modernisation de la Bundeswehr : un retour aux fondamentaux ?, *Notes du Cerfa*, Nr. 171, Oktober 2022
- D. Puhl, Deutschland, die "Zeitenwende" und die Zukunft der NATO, *Visions franco-allemandes*, Nr. 33, August 2022
- P. Commun, La puissance industrielle de l'Allemagne en danger. Le double choc de la transition énergétique et du risque géopolitique, *Notes du Cerfa*, Nr. 170, Juli 2022
- A. Antil, P. Maurice, Après le Mali, quel engagement de l'Allemagne au Sahel ?, *Notes du Cerfa*, Nr. 169, Juni 2022
- K. Terrollion, C. Klos, Die Frankreichstrategie des Saarlandes. Ein deutsches Bundesland auf dem Weg zu einer gelebten europäischen Mehrsprachigkeit, *Notes du Cerfa*, Nr. 168, März 2022
- P. Maurice, Un « changement d'époque » ? Vers une réorientation de la politique étrangère allemande après l'invasion russe en Ukraine, *Briefings de l'Ifri*, März 2022
- E. A. Martin, Le choc de la réalité : La coalition feu tricolore dans la crise russo-ukrainienne, *Notes du Cerfa*, Nr. 167, Februar 2022

institut
français des
relations
internationales

depuis
1979

27 rue de la Procession 75740 Paris cedex 15 – France

Ifri.org